



Trump forever

D

USA Ob Donald Trump die Wahl am Dienstag gewinnt oder verliert – Hass und politische Zwietracht werden das Land auf Jahre hinaus lähmen. Der Präsident hat das politische System derart massiv beschädigt, dass es sich kaum noch reparieren lässt.

Donald Trump Jr will sich die Laune nicht vermiesen lassen. Nicht von den dunklen Wolken, die sich an diesem Nachmittag über seinem Kopf zusammenziehen, und auch nicht von den miserablen Umfragewerten, die seinem Vater, dem Präsidenten, am Hacken kleben wie ein alter Kaugummi.

Der Junior steht auf einem Podest am Rande von State College, Pennsylvania, und spricht von der Begeisterung, die ihm nun angeblich überall entgegenschlägt. »Das hier ist wie 2016 auf Testosteron«, behauptet er, während sein Blick über einen halb leeren Parkplatz und die abgeräumten Maisfelder Pennsylvanias streift. »Draußen warten hundert Leute, ich hoffe, wir kriegen sie noch rein«, sagt Don Jr. Dabei müsste er den Kopf nur etwas nach links drehen, um zu sehen, dass an der Sicherheitskontrolle nur noch ein paar verprengte Nachzügler warten.

Der 42-jährige Präsidentensohn kann eigentlich nicht einmal selbst glauben, was er in der nächsten halben Stunde verkünden wird: dass seinen Vater ein furioser Sieg am 3. November erwarte und dass der Demokrat Joe Biden schon allein deshalb nicht Präsident werden dürfe, weil er auf der Gehaltsliste chinesischer Geschäftsleute stehe. Solche Geschichten – würden sie denn stimmen – müssten sofort das FBI in Marsch setzen.

Er erzählt, dass Joe Bidens Sohn Hunter 3,5 Millionen Dollar von einer russischen Oligarchin bekommen habe – Geld, das angeblich mit Menschenhandel und Prostitution verdient wurde. »Wenn ich das getan hätte, stünde ich nicht hier, sondern würde aus dem Knast anrufen und müsste beim Duschen aufpassen, dass mir die Seife nicht runterfällt«, sagt Don Jr unter dem Gejohle des Publikums.

Natürlich ist nichts an seinen Geschichten wahr. Es gibt nicht den geringsten Beweis dafür, dass Joe Biden Geld aus China angenommen hat. Nach allem, was man weiß, wurde sein Sohn auch nicht von einer russischen Milliardärin geschmiert. Und was die Umfragen betrifft, so sieht es im Moment eher danach aus, als würde Biden am kommenden Dienstag gewinnen. Im Schnitt der nationalen Erhebun-

gen liegt der Demokrat beinahe zweistellig vor Trump, und auch der Vorsprung in den entscheidenden Swing States scheint halbwegs solide, selbst wenn er in Pennsylvania auf den letzten Metern schrumpft.

All das muss Don Jr nicht weiter kümmern. Er hat seinen Blick schon auf die Zukunft gerichtet, auf eine Zeit, in der sein Vater womöglich nicht mehr Präsident ist, aber der Trumpismus quicklebendig bleibt. Deutlich mehr als 30 Prozent der amerikanischen Wähler werden auch in diesem Jahr wieder für Donald Trump stimmen, so viel lässt sich schon jetzt mit einiger Sicherheit sagen. Sie werden es tun, obwohl der Präsident mit seinem katastrophalen Krisenmanagement mitverantwortlich ist für über 220 000 Corona-Tote; obwohl er im Stil eines Möchtegerndictators den eigenen Justizminister dazu aufgerufen hat, gegen Joe Biden zu ermitteln; und obwohl die US-Bürger nun wissen, dass Trump, der immer mit seinem Reichtum geprahlt hat, im ersten Jahr seiner Präsidentschaft lediglich 750 Dollar Steuern an den Staat bezahlt hat.

Trump hat eine Art Parallelkosmos geschaffen, in dem nur seine Worte zählen. In den allermeisten Fällen haben sie wenig mit der Realität zu tun, aber seine treuesten Fans scheint das nicht zu kümmern. Wenn Trump jemals einen wahren Satz gesagt hat, dann den, dass seine Anhänger ihn selbst dann noch lieben würden, wenn er auf der Fifth Avenue jemanden erschießen würde.

Was aber, wenn diese fanatische Basis ihren Helden fallen sieht?

Es ist Joe Bidens großes Versprechen, das Land im Falle seines Sieges wieder zu einen. In seiner Darstellung ist Trump ein Fehltritt der Geschichte, »eine Verirrung«, wie Biden sagt, die mit etwas gutem Willen korrigiert werden kann. Doch wenn man durch die USA reist, wenn man abends durch die Fernsehsender zappt, wenn man sich mit den Fans von Trump unterhält, dann drängt sich ein ganz anderes Bild auf: Dann wird klar, dass Trump nicht allein die Ursache für die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft ist, sondern das Symptom einer Krise, die viel tiefer reicht – und die mit seiner Abwahl nicht verschwinden wird.

»Der Trumpismus ist gekommen, um zu bleiben, selbst wenn der Präsident gehen sollte«, schreibt der republikanische Politikberater Peter Rough, einer der intimsten Kenner der konservativen Szene Washingtons, in einem Positionspapier über die Zukunft seiner Partei.

Wenn man so will, hat Trump nur eine Entwicklung auf die Spitze getrieben, die schon vor über 30 Jahren ihren Anfang nahm: Er ist das Produkt einer Partei, deren Dreifaltigkeit einst Familie, Militär und schlanker Staat hieß und die sich dann

völlig dem Ressentiment und den Wünschen reicher Geldgeber unterwarf. Diese Prinzipienlosigkeit hat dazu geführt, dass sich Trump gegen den Widerstand des alten Parteiestablishments die Macht sichern konnte. Nun werden die Republikaner von einem Mann geführt, der seine Frau mit einem Pornostar betrogen haben soll, gefallene US-Soldaten angeblich als »Verlierer« und »Trottel« bezeichnete und der in seinen vier Amtsjahren 4,4 Billionen Dollar Staatsschulden zusätzlich anhäufte.

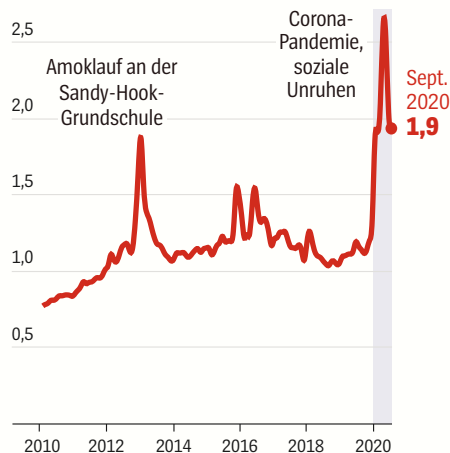
Trump wurde bei seinem Aufstieg von Medien unterstützt, deren Geschäftsmodell das Säen von Zorn und Zwietracht ist. Ohne die Hassmaschine Facebook hätte der Kreml den Wahlkampf 2016 nicht so effektiv zugunsten Trumps manipulieren können; und Rupert Murdoch hat mit Fox News einen Sender aufgebaut, der es wie kein anderer in der Geschichte des Fernsehens geschafft hat, Lügen und Propaganda in Milliardengewinne und politischen Einfluss zu verwandeln.

All dies wird nicht verschwinden, wenn Donald Trump abgewählt werden sollte, im Gegenteil. Der Präsident hat den Graben, der die Amerikaner trennt, in den vergangenen vier Jahren systematisch verbreitert. Es wird auch nach ihm viele geben, die das politisch ausnutzen werden. Über viele Jahrzehnte war etwa der Supreme Court eine überparteiliche Instanz, die von Republikanern wie Demokraten respektiert wurde. Vor 20 Jahren hatten noch knapp zwei Drittel der US-Bürger Vertrauen in die Arbeit des Obersten Gerichts; jetzt ist es nur noch die Hälfte.

Trump hat den Supreme Court in den parteipolitischen Grabenkampf hineingezogen und Richter berufen, die auch dann eine konservative Politik durchsetzen sollen, wenn im Weißen Haus und im Kongress die Demokraten das Sagen haben.

Die bewaffnete Nation

Geschätzte Anzahl der monatlich verkauften Handfeuerwaffen in den USA, saisonbereinigt in Millionen



Quelle: The Trace

Am Montag bestätigte der Senat Amy Coney Barrett, eine Juristin, die nie einen Hohl daraus gemacht hat, dass sie das Recht auf Abtreibung kippen könnte – und das, obwohl beinahe zwei Drittel der Amerikaner dagegen sind.

Es wird Jahre dauern, bis der Schaden behoben ist, den Trump im amerikanischen Regierungsapparat hinterlassen hat. Der Präsident hat allein fünf unabhängige Kontrolleure gefeuert, die in Ministerien und Behörden Vetternwirtschaft und Korruption bekämpfen sollen. Er hat das State Department, einst Stolz der US-Regierung, ausbluten lassen. Wichtige Posten wurden über Jahre nicht besetzt, wer einen Ruf zu verlieren hatte, zog es vor, nicht unter Außenminister Mike Pompeo zu arbeiten, einem treuen Vasallen Trumps. Zuletzt wurde in der Nationalen Ozean- und Atmosphärenbehörde der leitende Wissenschaftler gefeuert und durch einen Forscher ersetzt, der vor allem dadurch aufgefallen ist, dass er die Dramatik des Klimawandels kleingeredet hat.

Noch nie in der amerikanischen Geschichte hat ein Präsident in so kurzer Zeit das Gefüge der amerikanischen Demokratie derart nachhaltig beschädigt. Trump hat seinen Anhängern eingehämmert, dass ein Großteil der amerikanischen Medien – von CBS bis zum »Boston Globe« – Fälscherwerkstätten im Dienste der Demokraten seien. Sein Plan ist zumindest zum Teil aufgegangen. Während 69 Prozent der Demokraten sagen, man könne den klassischen Medien trauen, glauben das inzwischen nur noch 15 Prozent der Republikaner. Vielleicht ist das der größte Erfolg aus der Sicht von Trump.

Als er am 20. Januar 2017 zum 45. Präsidenten der USA vereidigt wurde, behauptete das Weiße Haus, noch nie habe sich in Washington eine so große Menge zur Ehre des neuen Staatsoberhauptes versammelt. Schon ein kurzer Blick auf die Luftbilder der Vereidigung seines Vorgängers Barack Obama zeigte, dass dies Unsinn war. Trumps damalige Beraterin Kellyanne Conway erklärte daraufhin, der Pressesprecher des Präsidenten habe »alternative Fakten« präsentiert.

Trump hat den bislang geltenden Gepflogenheiten der US-Demokratie den Krieg erklärt. Schon im Jahr 2016 hat die Mehrheit der Amerikaner Hillary Clinton gewählt, die Demokratin bekam fast drei Millionen Stimmen mehr als Trump. Nur durch das antiquierte System eines Wahlleute-Gremiums gelang ihm der Einzug ins Oval Office (siehe Interview Seite 19).

Nun liegt Trump in den Umfragen weit hinten. Dennoch tut er so, als würden die Demokraten versuchen, ihm das Amt zu stehlen. »Nur durch Betrug können wir diese Wahl verlieren«, sagte er. Es ist ein Satz, der eine toxische Wirkung entfaltet:



Chris Tuite / Imago images



Preston Ehrler / Imago images



Sara Lewkowicz / DER SPIEGEL

Polizisten in San Francisco, Trump-Sohn Don Jr, Waffengeschäft in Pennsylvania: Die Waffenkäufe stiegen dieses Jahr rasant an, auch wegen gewalttätiger Unruhen und Proteste im Land – die Donald Trump angeheizt hatte.

Denn wenn die Demokraten dabei wären, einen Coup zu planen, wäre dann nicht alles erlaubt? Sogar der Widerstand mit der Waffe?

Es ist schwer, sich Nathan Houck mit einem Gewehr in der Hand vorzustellen. Der 34-Jährige hat die Züge eines Teenagers. Während er spricht, hüpfte seine vierjährige Tochter auf seinem Schoß herum. Houck ist ein Familienvater, ein verlässlicher Angestellter – niemand, den man auf einer Barrikade vermuten würde. Trotzdem hält er es für möglich, dass er in den bewaffneten Kampf ziehen muss. »Wenn die Demokraten erst die gesamte Regierung kontrollieren, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit keine fairen Wahlen mehr geben«, glaubt Houck.

Das Haus seiner Familie liegt am Ende einer Sackgasse, der Weg dorthin schlängelt sich durchs ländliche Pennsylvania. Schilder am Straßenrand lassen keinen Zweifel, wen die Menschen in dieser Gegend wählen: »Keep America Great«, prangt vor fast jedem Haus, und darüber in Großbuchstaben: TRUMP.

Drinne sieht es aus wie in den Fünfzigerjahren. An der Wand Keramikteller, im Schrank eine Bibel und Bücher mit Heilgeschichten. Houcks Ehefrau erzieht die beiden Mädchen. Eine staatliche Schule wird die älteste Tochter nicht besuchen. Dort werde sie nur »indoktriniert«, glaubt Houck.

Er war nicht immer begeistert von Trump. Das plumpe Auftreten, der vulgäre Jargon – all das habe ihn zunächst abge-

schreckt. »Trump benutzt Worte, die ich in meinem Haus nie erlauben würde«, sagt er und blickt zu seiner Tochter. Doch heute, vier Jahre später, habe sich sein Bild von Trump gewandelt: »Er kämpft für unsere Werte.« Werte, die der Familienvater bedroht sieht, sollte Biden gewinnen. Der Demokrat werde die USA in einen sozialistischen Polizeistaat verwandeln, glaubt Houck. »Nicht sofort. Aber ich denke: In vierzig oder fünfzig Jahren wird man Christen in diesem Land verfolgen.«

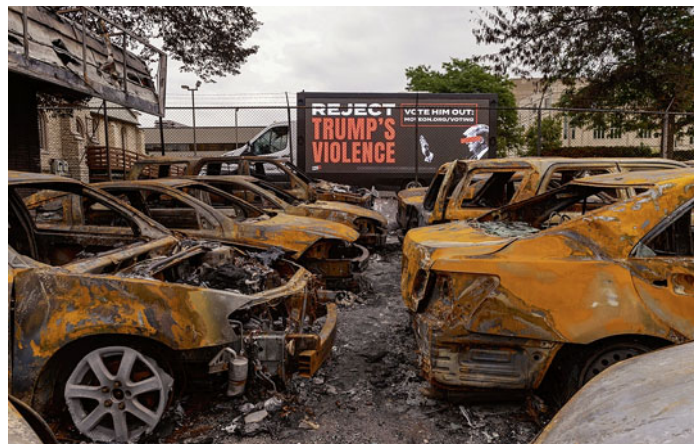
In den Tagen nach der Wahl werde er für die Zukunft Amerikas beten. Und genau beobachten, wohin das Land steuere. Wird Abtreibung weiter legalisiert? Gibt es gar ein Verbot, offen gegen Homosexualität zu predigen? In diesem Fall bleibe ihm keine andere Wahl, als sich zu weh-



Go Nakamura / REUTERS



Yuki Iwamura / REUTERS



Daniel Boczarski / Getty Images

Protestierende, Sicherheitskräfte in US-Städten (Lafayette, Philadelphia, Kenosha): Rund ein Drittel der Amerikaner hält einen Bürgerkrieg in den kommenden fünf Jahren für wahrscheinlich.

ren. »Wenn ich wählen muss zwischen Gott und meiner Regierung, dann wähle ich Gott. Selbst wenn ich die Regierung dafür stürzen müsste.«

Es sind verängstigte Republikaner wie Houck, die sich in den vergangenen Monaten aufgerüstet haben. »Wir bekommen gar nicht so viele Waffen geliefert, wie wir verkaufen könnten«, sagt Paul, der Besitzer von »The Outdoorsman«, einem Sport- und Waffenladen in Winthrop Harbour im Norden von Illinois. Auch an diesem Samstag herrscht reger Betrieb. Ein Ehepaar lässt sich einen Revolver zeigen, ein junger Mann in Tarnkleidung prüft das Visier eines Gewehrs.

Die Leute wollten sich schützen, sagt Paul, der in diesen aufgeregten Zeiten sei-

nen Namen lieber nicht in voller Länge in einem Magazin lesen will. Aber wovor? »Jeder hier weiß, was sich ereignet hat«, antwortet Paul. »Kein Mensch will dabei zusehen, wie Leute sein Haus angreifen und niederbrennen.«

Die Ereignisse, auf die er anspielt, haben sich zwei Monate zuvor in Kenosha zugetragen, das nur wenige Kilometer entfernt liegt. Dort hatte ein Polizist dem jungen Schwarzen Jacob Blake siebenmal in den Rücken geschossen. Danach brach eine Revolte in der Stadt aus, Häuser und Geschäfte gingen in Flammen auf.

Kurz vor der Wahl ist die Stimmung in zahlreichen amerikanischen Großstädten angespannt. Viele US-Bürger fürchten das Aufflammen politischer Gewalt – wenn nicht sogar Schlimmeres. Rund ein Drittel

der Amerikaner hält einer Umfrage zufolge einen Bürgerkrieg in den kommenden fünf Jahren für wahrscheinlich.

Die Vorstellung ist nicht absurd. Im ganzen Land rüsten sich bewaffnete Gruppen für den Tag X. Wenn Biden gewinnt, »werden wir den Kampf zu ihm tragen«, sagt Chris Hill, Anführer einer bewaffneten Bürgerwehr in Georgia. »Ich werde einen Tyrannen attackieren, egal wo er ist.«

So wie er denken viele Radikale. »Wir beobachten, dass Milizen und andere rechtsextreme Gruppen sehr aktiv darüber diskutieren, in den Wahlprozess einzugreifen, entweder am Wahltag oder nach der Stimmabgabe«, sagt Devin Burghart vom Institute for Research and Education on Human Rights. Anfang des Monats nahm das FBI 13 Männer fest, die Gretchen Whit-

mer, die Gouverneurin von Michigan, durchführen wollten. Ihr sollte, so der perfide Plan, an einem geheimen Ort so etwas wie ein Prozess gemacht werden, weil sie wegen der Coronakrise Ausgangssperren verhängt hatte.

Amerika hat schon häufiger politische Gewalt erlebt. Neu ist, dass der Mann an der Spitze des Staates sie geradezu herbeisehnt. Trump hat mehrfach erklärt, das Land stehe vor einem massiven Wahlbetrug zugunsten der Demokraten. Während der ersten TV-Debatte gegen Biden lehnte es der Präsident ab, sich von militanten Gruppen abzugrenzen. An die Adresse der Proud Boys, einer rechten Miliz, sagte er: »Haltet euch bereit!« Es war, als spielte Trump mitten in einer Raffinerie mit einem Streichholz.

Überall im Land bereitet sich die Polizei seit Wochen auf die Gewalt vor, die der Präsident gerade heraufbeschwört. »Ich glaube nicht, dass wir in modernen Zeiten etwas Ähnliches schon einmal gesehen haben«, sagte der stellvertretende Polizeichef von Las Vegas, Andrew Walsh. Gefährlich sei vor allem die Zeit von der Wahl bis zur Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses. Wegen der vielen Briefwahlstimmen könnte es Tage dauern, bis es so weit ist. Was, wenn Trump diese Zeit dazu nutzt, sich selbst zum Sieger auszurufen? Und Biden das nicht akzeptiert? Dann wäre das Chaos da.

Auf der 60th Street in Kenosha sind auch Monate nach den Ausschreitungen noch viele Geschäfte verbarrikadiert. »Die Bretter bleiben erst einmal vor den Fenstern«, sagt Kyle, ein Mechaniker bei »Ed's Used Tires«. »Die Gewalt kann jederzeit wieder ausbrechen.«

Trump, so viel ist sicher, hat Amerika zu einem gefährlichen Ort gemacht. Der Präsident, dessen Aufgabe es doch ist, das Land zu einen, hat die US-Bürger gegeneinander aufgehetzt. Trumps Präsidentschaft ist deshalb so einzigartig, weil ihm jedes Gefühl für das Sakrale seines Amtes fehlt. Er begreift nicht, was seine Vorgänger spürten: dass die Präsidentschaft größer ist als die Person, die das Amt ausfüllt. Fast noch schlimmer als Trumps politische Irrungen – die Verachtung für die Partner in Europa, sein Faible für Diktatoren, die Leugnung des Klimawandels – ist die Tatsache, dass er ein Amt entweiht hat. Denn eigentlich wurde die Präsidentschaft dazu geschaffen, eine Nation zu einen, deren einziges Bindeglied der Glaube an Freiheit und Eigenverantwortung darstellt.

Trump hat einen Nepotismus etabliert, wie ihn das Land noch nie erlebt hat: Er machte seine Tochter und seinen Schwiegersohn zu Sonderberatern im Weißen Haus und schickte seinen Anwalt Rudy Giuliani um die Welt, um ausländische Poli-

tiker und Diplomaten gefügig zu machen. Er markierte den starken Mann gegen China und bat den Pekinger Machthaber Xi Jinping heimlich um Unterstützung im Wahlkampf. Er machte den Staat zum Dienstleister des Trump-Imperiums.

Hat er auch Erfolge vorzuweisen? Zweifellos hat Trump mit dafür gesorgt, dass die USA bis zum Ausbruch der Pandemie drei wirtschaftlich erfolgreiche Jahre erlebt haben. Die Löhne in den USA sind gestiegen, und zwar auch für jene Männer und Frauen ohne höhere Bildung, die über Jahrzehnte vom Wachstum ausgeschlossen waren. Und er hat es geschafft, dass sich im Nahen Osten Israel und einige arabische Staaten annäherten, die jahrzehntelang verfeindet waren. Es ist eine Leistung, die durchaus Erwähnung in den Geschichtsbüchern finden könnte.

Aber was zählt das, wenn der Präsident gleichzeitig zu Hause die Axt an die Wurzel der Demokratie anlegt? Man kann Trump nicht vorwerfen, dass er nicht den direkten Draht zum Volk gesucht hätte: Was in seinem Kopf vorgeht, steht in der nächsten Minute auf Twitter. Er hat die Social-Media-Präsidentschaft, die sein Vorgänger Barack Obama begonnen hatte, auf perfide Weise perfektioniert.

Trump verbreitete Sprüche von Verschwörungstheoretikern und Rassisten, er

beleidigte Demokraten und die eigenen Parteifreunde, und seit seine Umfragewerte sinken, benutzt er Twitter, um Zweifel an der Legitimität der Wahl zu streuen. Trump hat es damit so weit getrieben, dass Internetkonzerne inzwischen darüber nachdenken, dem US-Präsidenten in der Wahlnacht Zügel anzulegen, damit er nicht per Tweet einen Bürgerkrieg anzettelt.

Aber nicht nur Trump selbst hat das politische Klima im Land vergiftet. Kein anderer Fernsehsender in der Geschichte der USA hat so viel Hass und Zwietracht gesät wie Fox News, die Umsatzmaschine im Reich des Medienmoguls Rupert Murdoch. Wie das geht, konnte man gut am vorvergangenen Donnerstag beobachten, da trafen sich Biden und Trump zum zweiten Fernsehduell.

Als die beiden Männer nach anderthalb Stunden auseinandergingen, waren sich die meisten Kommentatoren einig, dass die Sache unentschieden ausgegangen sei. Der Präsident hatte sich zusammengerissen und konnte ein paar Treffer landen; Biden verteidigte sich wacker, stolperte aber wie so häufig über die eigenen Sätze.

Dann ging Sean Hannity auf Sendung, Starmoderator von Fox News: Nach Wochen habe sich Joe Biden endlich wieder aus seinem Keller getraut, lästerte er zum Auftakt seiner Show. »Nun: Er sollte es bitter bereuen.« Die Amerikaner, sagte Hannity, sollten sich bloß nicht einreden lassen, Biden habe eine gute Figur gemacht. »Er hat ihnen eine Lüge nach der anderen aufgetischt. Der Medienmob wird darüber kein Wort verlieren.«

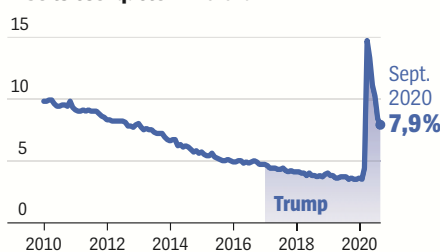
Tag für Tag hämmert Hannity seinen Zuschauern ein, dass Trump ein mutiger Außenseiter sei, der nur deshalb so scharf angegriffen werde, weil er sich traue, den korrupten Washingtoner Sumpf trocken-zulegen. In seiner Erzählung ist jeder Beamte in Washington ein Vertreter des »deep state«, und Medien wie die »New York Times« oder CNN sind nichts anderes als linke Propagandamaschinen.

Wenn man mit europäischen Augen Fox News schaut, hat die Hysterie der Abendshows etwas unfreiwillig Komisches. Hannity nennt Trumps Herausforderer konsequent »sleepy, creepy, crazy Uncle Joe«. Glaubt man ihm, ist Biden eine senile Marionette in den Händen radikaler Sozialisten. Hannitys Buch zur Wahl heißt martialisch: »Live Free or Die«. Aber Hannity ist nicht irgendein durchgeknallter Verschwörungstheoretiker, der aus einer Garage in West Virginia sendet. Er hat jeden Abend im Schnitt fünf Millionen Zuschauer, so viele wie kaum ein anderer politischer Talk-Star in den USA.

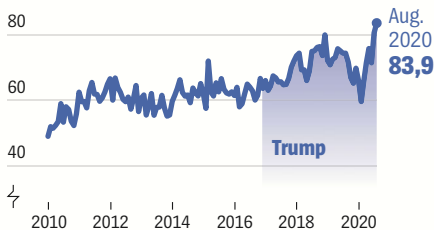
Reed Hundt kann sich noch genau erinnern, wie alles begann. Der Jurist war wäh-

US-Wirtschaftsbilanz

Arbeitslosenquote in Prozent

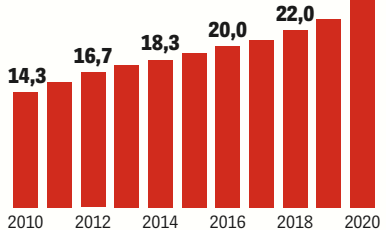


Waren-Außenhandelsdefizit in Milliarden Dollar



Staatsverschuldung

in Billionen Dollar



*Schätzung, Quellen: BLS, US Census, IWF



Gesprächspartner Murdoch, Trump, Murdoch-Ehefrau Jerry Hall 2016, Populisten Hannity, Trump 2018: Auf Fox News ist der Demokrat Joe Biden eine senile Marionette in den Händen radikaler Sozialisten – Millionen Zuschauer sehen täglich solche bizarren Verzerrungen.

rend der Präsidentschaft Bill Clintons Chef der »Federal Communications Commission«, die unter anderem die Lizenzen für Fernsehsender vergibt. Im Jahr 1994 besuchte er Rupert Murdoch, der ihn zu einem Abendessen in sein Haus in Los Angeles eingeladen hatte. Murdoch verdiente damals noch viel Geld auf dem britischen Zeitungsmarkt. Aber er hatte einen Plan, mit dem er das amerikanische Fernsehgeschäft revolutionieren wollte.

»Murdoch sagte zu mir: »Wenn ich in London an den Zeitungskiosk gehe, gibt es die ›Times‹ für das Bildungsbürgertum, den ›Guardian‹ für die Linken und Boulevardblätter wie ›Sun‹ oder ›Mirror‹ für den Rest. In Amerika drängen sich alle Fernsehsender um das moderate Publikum in der Mitte.« Murdoch genialer Plan sei es gewesen, einen Fernsehsender zu gründen, der eine Nische besetzte, die bis dahin niemand gesehen hatte: weiße Männer ohne höhere Bildung. »Murdoch sagte das damals nicht offen, aber er wusste, dass seine Zuschauer sich vor allem nach rechts orientieren würden.«

In gewisser Weise, sagt Hundt, sei die Präsidentschaft Trumps auch verbunden mit dem Erfolg von Fox News. Der Sender habe sich sein eigenes Publikum erschaffen. Irgendwann habe es einen Politiker gebraucht, der dieses Publikum unterhält. »Hätte es Trump nicht gegeben, wäre es jemand anderes gewesen.« Deshalb glaube er auch nicht daran, dass eine Niederlage Trumps die Leute von Fox zur Besinnung bringen wird. Der Sender werde sich einfach einen neuen Populisten suchen, der Quoten und politischen Einfluss verspricht. »Fox News wird sich eine neue

Kreatur erschaffen«, sagt Hundt. »Das ist eine unweigerliche Folge von all dem Geld, das in die Politik fließt wie schmutziges Wasser in ein Spülbecken.«

Amerikanisches Fernsehen war nicht immer so gnadenlos parteiisch. Bis weit in die Achtzigerjahre hinein gab es die Fairness-Doktrin, die den großen Sendern vorschrieb, kontroverse politische Themen von beiden Seiten zu beleuchten. Die Regelung war heftig umstritten, viele Konservative sahen darin einen Anschlag auf die Meinungsfreiheit. Aber der Supreme Court schmetterte alle Versuche ab, sie zu kippen.

Erst auf Druck von Präsident Ronald Reagan wurde im Jahr 1987 jene Regelung

gestrichen, die Krawallbrüder auf vielen Sendern verhindert hatte. Wenn man Hundt fragt, ob das Ende der Fairness-Klausel die Ursünde der amerikanischen Politik war, zuckt er nur mit den Schultern. Für das Kabelnetz, in dem Fox in den Neunzigerjahren groß wurde, habe die Fairness-Doktrin ohnehin nicht gegolten, sagt er. Und: »Wenn ich mir den Supreme Court von heute anschau, dann würde der so etwas ohnehin nicht zulassen.«

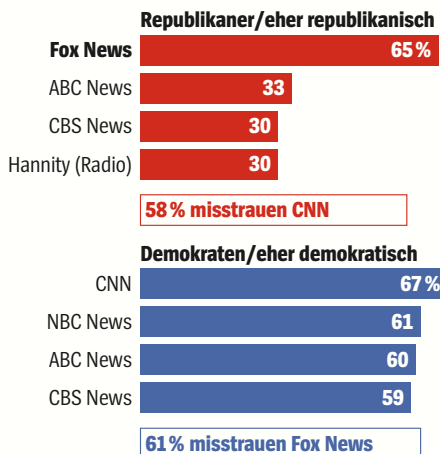
Es spricht vieles dafür, dass Hundt damit recht hat. Am Montag bestätigte der US-Senat mit Amy Coney Barrett die dritte Richterin, die Trump für das Oberste Gericht vorgeschlagen hatte. Danach dominieren die Konservativen jetzt das Gericht. Kein anderer US-Präsident hat in so kurzer Zeit die Justiz so tiefgreifend verändert wie Trump. Und damit wird er das Land noch Jahrzehnte prägen. Präsidenten kommen und gehen, Bundesrichter aber sind auf Lebenszeit berufen, das verleiht ihnen Macht und Unabhängigkeit: das Ende der Rassentrennung an Schulen, das Recht auf Abtreibung, die Ehe für Schwule und Lesben – all das wurde nicht vom Kongress oder vom Weißen Haus durchgesetzt, sondern vom Obersten Gericht der USA.

Deshalb hat Trump so viel Kraft in die Berufung neuer Juristen gesteckt. Insgesamt 220 Bundesrichter hat er seit seinem Einzug ins Weiße Haus ernannt, 53 davon urteilen an den einflussreichen Berufungsgerichten des Landes, die nur eine Stufe unter dem Supreme Court stehen.

Eine davon ist Barbara Lagoa. Die 52-jährige fromme Katholikin ist Tochter von Kubanern, die vor dem sozialistischen

Amerikas Parallelwelten

Vertrauen in die politische Berichterstattung der genannten Nachrichtenmedien nach politischer Ausrichtung der Befragten, in Prozent



Umfrage unter 12 043 US-amerikanischen Erwachsenen vom 29. Oktober bis 11. November 2019, Quelle: Pew

Regime Fidel Castros geflohen waren. Lagoa ist Anhängerin jener juristischen Philosophie, die sich »Originalismus« nennt. Danach müssen Richter die Verfassung im engen Wortsinn auslegen und dürfen sich bei der Textexegese allenfalls an den Absichten der Gründerväter der USA orientieren.

Seit einem Jahr arbeitet Lagoa am Bundesberufungsgericht für den elften Bezirk mit Sitz in Atlanta – und urteilt dort ganz im Sinne Trumps. Wenn der Präsident trotz aller widrigen Umstände wiedergewählt werden sollte, könnte das auch an einer Entscheidung liegen, an der sie mitgewirkt hat.

Vor zwei Jahren hatten die Bürger Floridas in einem Referendum dafür gestimmt, verurteilten Straftätern nach Verbüßung ihrer Strafe das Wahlrecht zurückzugeben. Es war eine weitreichende Entscheidung: zum einen, weil es in dem Staat 1,4 Millionen ehemalige Häftlinge gibt, darunter viele Schwarze, die traditionell eher den Demokraten zuneigen. Zum anderen, weil Präsidentschaftswahlen in Florida bislang immer extrem knapp ausgingen und der Staat auch bei der Wahl am 3. November wieder den Ausschlag über Sieg und Niederlage geben könnte.

Umso empörender fanden es die Demokraten, als die Republikaner im Parlament von Florida ein Gesetz verabschiedeten, wonach ehemalige Häftlinge erst dann wählen dürfen, wenn sie sämtliche Gebühren- und Strafzahlungen entrichtet haben. Das Gesetz dient nach Einschätzung von Bürgerrechtsgruppen allein dem Zweck, jene rund 774 000 Straftäter von der Urne fernzuhalten, denen das Geld fehlt, ihre Schulden beim Fiskus zu begleichen. Das Gesetz landete schließlich vor dem Berufungsgericht in Atlanta und wurde dort von Lagoa und ihren Kollegen bestätigt – was nicht weiter verwundert: Von den sechs Richtern, die für das Gesetz stimmten, verdanken fünf ihren Posten Präsident Trump.

Demokraten und viele Experten sehen in dessen Eifer, Richter zu benennen, vor allem den Versuch, den Willen der Mehrheit zu untergraben. »Der Supreme Court ist zu mächtig«, sagt Samuel Moyn, Professor an der Yale University. Den USA drohe ein Kulturkampf, sollte das Gericht das Recht auf Abtreibung kippen. Politische Entscheidungen müssten wieder dort getroffen werden, wo sie hingehören, sagt Moyn: im US-Kongress. Er schlägt deshalb vor, den Einfluss des Gerichts zu begrenzen. Etwa indem es Gesetze nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit von sechs oder sieben der neun Richterstimmen kippen kann – was den liberalen Richtern quasi ein Vetorecht geben würde.

Gesünder wäre es für Amerikas Demokratie, wenn mit dem möglichen Ende der

Präsidentschaft Trumps die Selbstblockade des Parlaments aufhören würde, wenn Demokraten und Republikaner wieder lernten, im Kongress Kompromisse zu schließen – so, wie es über Jahrzehnte üblich war.

Es gibt einige wenige Republikaner, die die Ära Trump am liebsten wie einen bösen Traum abschütteln würden. Ben Sasse, republikanischer Senator aus Nebraska, ließ vor ein paar Tagen seinem Ärger über den Präsidenten freien Lauf. Trump werfe Geld aus dem Fenster »wie ein besoffener Matrose«, sagte Sasse in einer Telefonkonferenz mit Anhängern und Mitarbeitern. Und es sei unverzeihlich, polterte der Senator weiter, dass Trump Diktatoren in aller Welt »den Hintern küsse«.

Viel wahrscheinlicher ist allerdings, dass Sasse eine Einzelstimme in einer Partei bleibt, deren moralisches Fundament zerstört ist. In den vergangenen vier Jahren gab es nur wenige Senatoren, die den Mut aufbrachten, sich Trump in den Weg zu stellen. Die große Mehrheit hielt sich die Ohren zu, als herauskam, dass Trump die ukrainische Regierung erpresst hatte, damit diese Schmutz gegen seinen Herausforderer Biden liefere. Sie schwieg, als der Präsident öffentlich erklärte, er glaube Wladimir Putin mehr als den US-Geheimdiensten. Und es erhob sich auch kein Sturm der Entrüstung, als Trump vor wenigen Tagen die Pandemie-Experten seiner Regierung als »Idioten« bezeichnete.

Die Präsidentschaft Trumps ist das Ergebnis einer inhaltlichen Auszehrung

der Republikaner, die schon vor Jahrzehnten begonnen hat. Die Partei leidet darunter, dass ihr ein einendes geistiges Band fehlt. Die rund 80 Millionen evangelikalischen Christen, die den Kern der Wählerbasis bilden, haben wenig gemein mit Bankern an der Wall Street, die Sex vor der Ehe keineswegs für eine Todsünde halten und möglichst wenig Steuern auf den Bonus am Jahresende zahlen wollen.

Diese inhaltliche Leere nutzte Newt Gingrich, der Anfang der Neunzigerjahre aus der eher braven Partei eine populistische Bewegung formte, die vor allem Stimmung gegen das angeblich korrupte System in Washington machte. Damit eroberte er 1994 erstmals seit über 40 Jahren wieder die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Trump hat die Gingrich-Revolution vollendet.

Unter ihm bewerben sich nun Republikaner für den US-Kongress, die sich offen zur QAnon-Bewegung bekennen, von der eine abstruse Verschwörungstheorie vertreten wird, wonach die Demokraten Teil eines satanischen Verbrecherrings seien, der Kinder entführe, um aus ihrem Blut eine Verjüngungsdroge zu gewinnen.

Trump sei die logische Folge des Rassismus und des Hasses, der in den vergangenen drei Jahrzehnten zum Wesenskern der Republikaner geworden sei, schreibt der ehemalige Strategie und Wahlkampfberater Stuart Stevens in einer bitterbösen Abrechnung mit seiner eigenen Partei. »Trump ist nicht etwa eine Verirrung der Republikaner«, so Stevens, der unter anderem den Präsidentschaftswahlkampf von Mitt Rom-



Präsident Trump, Richterin Barrett, Ehepartner: Keiner seiner Vorgänger hat das amerikanische Justizsystem in so kurzer Zeit so fundamental verändert.

Brendan Smialowski / AFP

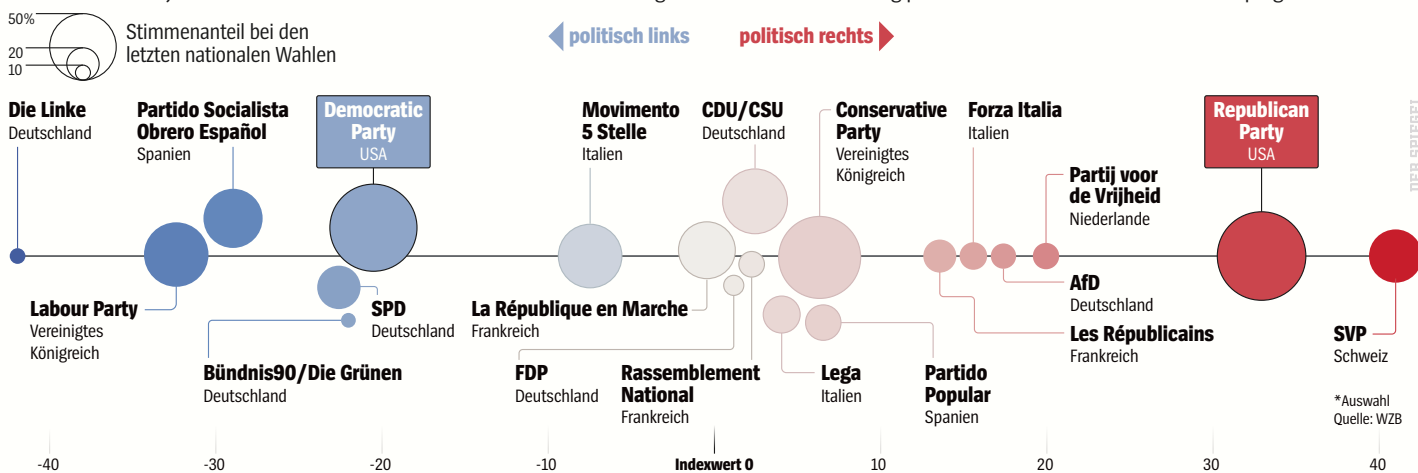


Trump-Anhänger in Arizona

Ariana Dreier / AFP

Ganz weit rechts

Das Manifesto-Projekt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung untersucht die Ausrichtung politischer Parteien* anhand ihrer Wahlprogramme.



ney geleitet hat. »Er repräsentiert die Partei in Reinform.«

Wer auch immer Trump nachfolgen mag – er wird es sich nicht leisten können, jene Wähler zu verprellen, die Trump mit seiner schrillen Rhetorik angelockt hat. »Die Republikanische Partei wird von demjenigen übernommen werden, der es versteht, die Trump-Rebellion aufzugreifen und sie in eine produktive Richtung zu wenden«, sagt Peter Rough vom konservativen Hudson-Institut.

Nur: Wer kann das sein? Donald Trump Jr besitzt zweifellos das Vertrauen der treuesten Trump-Fans. Als er am vergangenen Dienstag in Pennsylvania sprach, rief er zum Schluss unter dem Jubel seiner Fans: »Make liberals cry again«, lasst uns die Lin-

ken zum Weinen bringen – eine Anspielung an das Wahlkampfmotto seines Vaters »Make America great again.«

Doch sollte der Senior die Wahl verlieren, wäre der Mythos der Trump-Familie gebrochen. »Der Präsident wird als jemand dastehen, der sein Kernversprechen nicht einlösen konnte: Immer auf der Seite des Sieges zu stehen«, sagt Rob Stutzman, ein republikanischer Stratege, der einst den kalifornischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger beriet. »Selbst Trump-Fans werden dann sagen: ›Okay, das war's‹, und sich nach jemand anderem umschauen.«

Nach Nikki Haley etwa, die ihre Karriere als Gouverneurin von South Carolina begann und dann fast zwei Jahre als

Trumps Botschafterin bei der Uno in New York diente. Ende 2018 warf sie den Job hin, sie hat es im Gegensatz zu Trumps Sicherheitsberater John Bolton oder dem ehemaligen Außenminister Rex Tillerson aber vermieden, mit Trump offen zu brechen. Im Gegenteil: Auf dem republikanischen Parteitag im August sprach sie als eine von wenigen Vertretern des alten Parteiestablishments und rief zur Wiederwahl des Präsidenten auf.

Man darf bezweifeln, dass ihre Worte von Herzen kamen, unter der Hand ließ auch sie Zweifel am Charakter Trumps durchblicken. Mit ihrer Rede aber hat sie sich die Sympathie jener Trump-Anhänger gesichert, die nach einer möglichen Niederlage des Präsiden-

US-Wahl In Amerika kann man ohne die Mehrheit der Stimmen Präsident werden. Wie kam es zu dem Unsinn?

»Das System führt zu Apathie«

Der US-Präsident wird nicht direkt von den Bürgern gewählt, sondern von Wahlleuten aus den Bundesstaaten. Wer die Mehrheit der Stimmen in einem Staat bekommt, dem fallen in 48 von 50 Bundesstaaten sämtliche Elektorenstimmen zu – so kann jemand zum Präsidenten gewählt werden, obwohl er nicht die Mehrheit aller bundesweiten Stimmen hat. Das gelang George W. Bush im Jahr 2000 und Donald Trump vor vier Jahren. Im Interview spricht der Harvard-Historiker Alexander Keyssar, 73, über die Ursprünge des Systems – und darüber, wie es sich ändern ließe.



Martha Stewart
Keyssar

SPIEGEL: Herr Keyssar, alle vier Jahre stellen sich viele Amerikaner die Frage, mit der auch Sie sich auseinandersetzen: Warum gibt es das antiquierte Wahlsystem, das »Electoral College«, immer noch?

Keyssar: Ein Grund ist, dass sich die US-Verfassung nur schwer ändern lässt. Nötig sind Zweidrittelmehrheiten in beiden Kongresskammern und die Zustimmung von drei Vierteln aller Bundesstaaten. Zudem war man sich in der Vergangenheit einiger darüber, dass diese Einrichtung nicht gut ist, als über die Frage, wodurch man sie ersetzen sollte. Im 19. Jahrhundert etwa gab es Phasen, in denen eine eindeutige Mehrheit der Kongressmitglieder sie abschaffen wollte, aber letztlich keinen Deal hinbekam.

SPIEGEL: Woran scheiterten die Bemühungen?

Keyssar: An parteipolitischen Interessen. Wobei ich betonen möchte, dass das nicht immer so war. Es gab zu verschiedenen Zeiten überparteiliche Unterstützung für eine Reform. In den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts war man nahe dran, es abzuschaffen. Und dann gibt es Zeiten, in denen eine Partei es nicht ändern will, weil sie meint, dass sie vom »Electoral College« profitiert. Eine solche Zeit durchleben wir mit den Republikanern seit den Achtzigerjahren.

SPIEGEL: Welche Rolle spielten die Sklaverei und Weiße in den Südstaaten?

Keyssar: Weiße Südstaatler widersetzten sich einer Ablösung des »Electoral

College« durch eine allgemeine Direktwahl, weil es ihnen bei Präsidentschaftswahlen zusätzliche Macht gab. Wie viele Elektorenstimmen ein Staat bekam, richtete sich nach der Zahl seiner Vertreter im Kongress. Diese wiederum bemaß sich bei der Gründung des Landes nach der Größe der weißen Bevölkerung – aber auch Sklaven wurden mitgezählt: allerdings nur zu drei Fünfteln. Afroamerikaner wurden also berücksichtigt, wenn es um die Verteilung von Kongresssitzungen ging, sie durften aber nicht wählen. Die wahlberechtigten weißen Südstaatler übten im Namen der Afroamerikaner Einfluss aus.

SPIEGEL: Wie kam das »Electoral College« überhaupt in die Welt?

Keyssar: Als die Gründerväter 1787 zum Verfassungskonvent in Philadelphia zusammenkamen, waren sie unsicher, wie ein Regierungschef gewählt werden sollte. Die Vorstellung vieler war, dass der Kongress den Präsidenten wählen sollte. Das wurde aus Gründen der Gewaltenteilung verworfen. Sie fanden keine Lösung, das Ende des Konvents rückte näher, und sie gerieten dann unter Druck, etwas zustande zu bringen. Das »Electoral College« war ein Kompromiss, der weniger Widerspruch hervorrief als die Alternativen.

SPIEGEL: Diente diese Notlösung einem bestimmten Zweck?

Keyssar: Sie sollte Wahlen ermöglichen, die sich einfacher organisieren ließen. In gewisser Weise haben wir bis heute keine nationale Wahl, sondern eine Ansammlung von Wahlen auf Bundesstaatsebene.

SPIEGEL: Seit Jahren kommen Umfragen zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit der Amerikaner die Abschaffung des »Electoral College« befürwortet. Und doch hat sich bisher nichts geändert. Schadet der Fortbestand des Gremiums dem Vertrauen in die Demokratie?

»Die Gründerväter waren 1787 unsicher – und dann gerieten sie unter Druck.«

Keyssar: Das System führt eher zu Apathie und Desinteresse. In den meisten Staaten besteht ja kein Zweifel am Ausgang der Wahl – sie sind klar demokratisch oder republikanisch, der Wahlkampf konzentriert sich auf einige »battleground states«. Da fragen sich manche, weshalb sie überhaupt wählen sollen. Das System trägt so zur traditionell niedrigen Wahlbeteiligung bei, wengleich das in diesem Jahr anders sein wird. Es hat zu einem Schwund an staatsbürgerlicher Verantwortung im Land geführt.

SPIEGEL: Welche Ideen gibt es, um das Wahlsystem zu reformieren?

Keyssar: Am erfolgreichsten ist derzeit ein Pakt, an dem eine Reihe von Bundesstaaten beteiligt ist. Sie verpflichten sich darin, im »Electoral College« für den Kandidaten zu stimmen, der landesweit die meisten Wählerstimmen holt, unabhängig vom Ergebnis in ihrem Staat. Der Pakt tritt dann in Kraft, wenn sich ihm Staaten angeschlossen haben, die es gemeinsam auf 270 oder mehr Wahlmännerstimmen bringen, also auf die nötige Mehrheit im Wahlsystem.

SPIEGEL: Aber ist das realistisch angesichts der Polarisierung im Land?

Keyssar: Bisher sind Staaten beteiligt, die es gemeinsam auf 196 Stimmen bringen. Ob es weitergeht, wird auch vom Ausgang der kommenden Wahlen abhängen – nicht nur der Präsidentschaftswahl, sondern auch denen der Parlamente in den Bundesstaaten. Eines ist sicher: Wird die Schwelle von 270 erreicht, wird es eine Klage nach der anderen geben.

SPIEGEL: Wie könnte ein demokratischeres, faires Wahlsystem aussehen?

Keyssar: Je näher man dem Inkrafttreten des Pakts kommt, desto wahrscheinlicher wird aus meiner Sicht, dass stattdessen versucht wird, die Verfassung zu ändern. Ein Ansatz, der als Kompromiss womöglich leichter durchsetzbar wäre: eine Verfassungsänderung, die den Bundesstaaten eine Abkehr vom aktuellen »Winner take all«-System aufträgt, in dem der Gewinner im jeweiligen Staat alle Wahlmännerstimmen bekommt. An dessen Stelle könnte ein Proporzsystem treten: Wer beispielsweise 42 Prozent der Wählerstimmen holt, bekommt 42 Prozent der Wahlmännerstimmen des Bundesstaats.

SPIEGEL: Was müsste passieren, damit dieser Kompromiss in den Bereich des politisch Machbaren rückt?

Keyssar: Sollten die Republikaner die bisher sicheren Staaten Texas oder Georgia verlieren, würde ihnen das »Winner take all«-System womöglich weniger attraktiv erscheinen. Das könnte ihren Widerstand aufweichen.

Interview: Alexander Sarovic



Jonathan Ernst / REUTERS

Travis Dove / AFP

Republikaner Haley, Trump 2018: Es gibt in der Partei keinen Zweifel, dass Haley als erste Frau in der Geschichte der USA ins Weiße Haus einziehen will.

ten eine neue politische Heimat suchen werden. Haley, daran gibt es in der Partei keinen Zweifel, will am 20. Januar 2025 als erste Frau in der Geschichte der USA ins Weiße Haus einziehen. Dass sie dafür die nötige Wendigkeit besitzt, hat sie bewiesen.

Aber hat sie die Kraft, die Republikaner auf den Pfad der Vernunft zurückzuführen? Jeder Nachfolger wird nicht nur die Fans des Ex-Präsidenten bei Laune halten müssen. Er braucht auch die Unterstützung von Fox News. Und Trumps Haussender hat kein Interesse an Politikern, die mit dem mühsamen Geschäft des politischen Kompromisses langweilen. Das Geschäft von Fox News bestehe gerade darin, Hass zwischen Amerikanern zu säen, sagt Blair Levin, der sich in den Amtsjahren von Bill Clinton um die Medienpolitik des damaligen Präsidenten gekümmert hat und heute für die Brookings Institution in Washington arbeitet. »Und für diesen Hass bietet die amerikanische Gesellschaft einen fruchtbaren Boden.«

Es wirkt, als läge auf den USA ein böser Fluch. Nichts kann das Land im Moment weniger brauchen als eine parteipolitische Blockade: Über zwölf Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos, Tausende Familien verdienen nicht genug Geld, um ihren Kindern abends Essen auf den Tisch zu stellen. Und der Kongress? Ist nicht einmal fähig, eine Verlängerung des Hilfspakts zu beschließen, das bis zum Herbst die schlimmsten Folgen der Pandemie abgefedert hat.

Das Versagen der Politik trifft Menschen wie Jasmine Rognrud. Die 26-Jähri-

ge wohnt mit ihrer Lebenspartnerin und ihrer Katze in einer kleinen Wohnung in Minneapolis und erfährt gerade am eigenen Leib, wie gnadenlos der amerikanische Kapitalismus sein kann. Bis vor Kurzem hat sie bei einem Start-up gearbeitet. Die Firma zahlte kein üppiges Gehalt, aber versprach einen lockeren Teamgeist und die Möglichkeit, schnell Verantwortung zu übernehmen.

Dann kam die Pandemie. Weil der Umsatz einbrach, begann Rognruds Firma, Leute zu entlassen. Sie selbst durfte bleiben, bei 30 Prozent Gehaltsverzicht. Immerhin, so argumentierte Rognruds Boss, könne sie ihre Krankenversicherung behalten. Sie willigte ein, merkte aber bald, dass das Gehalt nicht mehr reicht, um die Rechnungen zu bezahlen.

Inzwischen hat sich Rognrud einen neuen Job gesucht, bei dem sie die Krankenversicherung komplett aus eigener Tasche finanzieren muss. 300 Dollar kostet das im Monat. Bald feiert sie ihren 27. Geburtstag. Dann werden es 400 Dollar sein. Eine Therapie, die sie wegen einer Essstörung macht, hat die junge Frau abgebrochen. Zu teuer. Rognrud sagt, sie wolle nicht jammern. Sie habe Kollegen, die fürchteten, bald ihre Wohnung zu verlieren.

Joe Biden hat versprochen, Menschen wie Rognrud zu helfen. Er will einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde festschreiben und hat angekündigt, eine gesetzliche Krankenversicherung einzuführen, bei der sich Menschen mit niedrigem Gehalt günstig absichern können. All das wird der Demokrat nur durchsetzen können, wenn seine Partei am Dienstag auch den Senat erobert. Und sich Bidens Parteifreunde später nicht von der vergifteten

politischen Atmosphäre einschüchtern lassen, die der Präsident hinterlässt.

Wird Trump einfach so von der Bühne verschwinden, sollte er verlieren? Bevor er im November 2016 zu seiner eigenen Überraschung die Wahl gewann, hatte er zusammen mit Freunden überlegt, einen Fernsehsender zu gründen. Viele Demokraten fürchten, dass er diese Idee wiederbeleben könnte. In den vergangenen Monaten hat sich Trump immer wieder bitter darüber beklagt, dass ihn selbst Fox News ungerecht behandelt habe. Solchen Kummer würde ihm ein eigener Sender nicht bereiten.

»Trump verliert Geld mit seinen Hotels, und auch seine Golfplätze sind nicht rentabel«, sagt der frühere Clinton-Berater Blair Levin. »Aber er weiß, wie man im Unterhaltungsgeschäft Geld verdient. Also ist es der nächste logische Schritt, einen Sender zu gründen.«

Das glaubt auch Hundt, der ehemalige Chef der amerikanischen Medienbehörde FCC. Trump habe immer neidisch auf Italiens Medienunternehmer Silvio Berlusconi geblickt, der reich wurde mit Fernsehsendern, die ihm anschließend noch dabei halfen, zum Premierminister aufzusteigen. Trump habe es verrückt gemacht, dass er selbst nie auf diese Idee gekommen sei.

Deswegen werde er nach seiner Amtszeit wohl bei allen Leuten anklopfen, denen er einen Gefallen getan habe, glaubt Hundt. In einer ersten Runde könne er so sicher eine Milliarde Dollar für einen neuen Sender einsammeln. »Die Liste derer, denen er behilflich war, ist sehr, sehr lang.«

Valerie Höhne, Ralf Neukirch, René Pfister, Alexandra Rojkov, Alexander Sarovic